

# Kanton nutzt immer mehr Videokameras

**Big Brother** In öffentlichen Institutionen im Kanton Basel-Stadt wie etwa Spitälern, Verwaltungsgebäuden oder auch Schulhäusern steigt die Anzahl von Überwachungskameras. Mittlerweile gehören Videoaufnahmegeräte bei Neubauten quasi zum Standard, so der Datenschutzbeauftragte. Und auch die Polizei prüft neue Möglichkeiten der Überwachung. *(hys)*

**Region**

# Überwachungskameras werden zum Standard im Kanton

Bei Neubauten des Kantons werden mittlerweile sehr oft umfassende Videoüberwachungsanlagen eingeplant.

Jonas Hoskyn

48 Institutionen, wo Baslerinnen und Basler mit Videokameras überwacht werden, listet der Jahresbericht des Datenschutzbeauftragten auf. Darunter offensichtliche wie etwa das Gefängnis Bässlergut oder das Kunstmuseum (beide mit über 200 Kameras ausgerüstet) aber auch überraschende wie etwa das Naturbad Riehen oder der Velokeller des Schulhaus Sandgruben.

Rechtlich ist die Lage klar: Öffentliche Organe müssen eine Überwachung mit Videokameras mit dem Schutz von Personen oder Sachen vor strafbaren Handlungen oder zur Verfolgung derer begründen können, also etwa zur Sicherheit von Mitarbeitenden in einem Spital. Dazu braucht es ein öffentlich einsehbares Reglement, in dem klar festgehalten wird, welche Kameras zu welchem Zweck im Einsatz sind. Darin muss auch festgehalten sein, wie die Kameras signalisiert werden und was mit dem aufgezeichneten Material passiert.

Mit der Veröffentlichung der Reglemente haperte es in den vergangenen Jahren aber noch. Mittlerweile hat sich die Situation gebessert. Praktisch

«Das Ziel ist, dass wir uns die neuen Kameras begründen lassen.»

Beat Rudin  
Datenschutzbeauftragter

für alle eingesetzten Kameras liegt mittlerweile ein Reglement vor.

## Trend zur Überwachung des öffentlichen Raums

Das Team des Datenschutzbeauftragten prüft die Reglemente jeweils auf Herz und Nieren. «Das Ziel ist, das wir uns die neuen Kameras begründen lassen», sagt der Basler Datenschutzbeauftragte Beat Rudin.

Die Arbeit dürfte ihm so schnell nicht ausgehen: «Eine Herausforderung stellt die Tatsache dar, dass bei Neubauten für Verwaltungsstellen quasi selbstverständlich umfassende Videoüberwachungsanlagen



2021 wurde die Uferstrasse temporär überwacht. Bild: Roland Schmid

eingepplant werden», schreibt Rudin im neusten Jahresbericht. Die Verwaltungsstellen, die schliesslich dann für den Betrieb der Videoüberwachung die Verantwortung tragen, würden bei der Planung häufig noch gar nicht einbezogen.

Dazu kommt der Umstand, dass immer mehr Servicekameras eingesetzt werden. Also etwa Kameras, die zur logistischen Unterstützung eingesetzt werden. Diese müssen so ausgestaltet sein, dass man auf den Aufnahmen keine Personen erkennen kann.

Ein weiterer Trend dürfte den Datenschutzbeauftragten künftig beschäftigen: Die Ver-

schiebung von der objekt- zur raumbezogenen Überwachung, also das Filmen von Arealen. In Basel waren solche Pläne in der Vergangenheit politisch chancenlos. Zuletzt scheiterte die LDP mit einer Initiative zur Überwachung von Hot-Spots bereits bei der Unterschriftensammlung.

## Polizei plant Kameras und Einsatz von Drohnen

Trotzdem hat Justiz- und Sicherheitsdirektorin Stephanie Eymann bereits mehrfach angekündigt, Videoüberwachungen prüfen zu wollen. Faktisch dürfte es um zeitlich und örtlich begrenzte Einsätze wie

an der Uferstrasse gehen. Vergangenes Jahr startete die Polizei dort einen Versuchsballon und installierte nach illegalen Partys und einer heftigen Schlägerei mit Verletzten im Hafensaal sieben Kameras, anfänglich ohne diese auszuschildern. Offen ist, ob dafür Änderungen im Polizeigesetz nötig sind.

Laut Gesetz sind solche Massnahmen grundsätzlich möglich, im Detail wird es dann meist komplizierter. Angesichts der politischen Brisanz ist es aber kaum vorstellbar, dass der Entscheidung zur Überwachung des öffentlichen Raums ohne den Segen des Parlaments oder sogar der Stimmbevölkerung gefällt wird. Weitere temporäre Überwachungen wie an der Uferstrasse sind laut Polizei aktuell keine geplant.

Abklärungen laufen auch bezüglich dem Einsatz von Drohnen. Auch hier stellen sich verschiedene Fragen. So macht es einen Unterschied, ob eine Drohne eingesetzt wird, um sich bei einem Brand oder einem Verkehrsunfall schnell ein Bild der Lage machen zu können, oder ob es beispielsweise um die Überwachung einer Demonstration geht. Für Letzteres dürfte die aktuelle Gesetzeslage aber wohl nicht ausreichen.